

Journalismus im Kampfmodus

Hetzer, Idioten und Dumpfbacken

von Heribert Seifert 14.5.2016, 16:52 Uhr

Kommunikative Rüpelei hat auch in den traditionellen Medien Platz gefunden. Dem Wutbürger tritt im Internet der Wutjournalist gegenüber.

Der Zustand der öffentlichen Kommunikation in Deutschland gilt als beklagenswert. Hetze und Hass von rechts sind die Leitvokabeln, mit denen Politik und etablierte Medien diese Klage befeuern. Das Internet mit den sozialen Netzwerken gilt als Quell allen Übels. Hier werden Grenzen verletzt und kommunikativer Anstand **fortwährend verhöhnt**. Gesetze sollen mehr Kontrolle und auch Einschränkungen der Redefreiheit ermöglichen.

Die Intensität der öffentlichen Debatte mit ihrer Zuspitzung aufs Internet und auf alle dem Rechtspopulismus zugeschriebenen Übel können übersehen lassen, dass kommunikative Rüpelei längst auch ihren Platz in den traditionellen Medien gefunden hat. Dem Wutbürger im Internet tritt in manchen Leitmedien ein **Wutjournalismus** gegenüber, der Schimpfen, Weghören und Kommunikationsverweigerung zu Tugenden erklärt. Eine rhetorische Hau-drauf-Mentalität gegen den Feind von rechts gilt nicht nur in Kreisen von habituellen Krawall-Kolumnisten, wie sie der «Spiegel» beschäftigt, als Gebot der Stunde. So **überraschte der Berliner «Tagesspiegel»** seine Leser mit einem Beitrag, in dem er den Prügelmeuten der sogenannten Antifa ausdrücklich dankte, weil sie mit ihren Gewaltaktionen den politischen Gruppen, die sie zu Nazis erklären, die Wahrnehmung von Rede- und Demonstrationsfreiheit nach Kräften unmöglich machen.

Sympathie für Gewalttätige

Im Bericht über den jüngsten AfD-Parteitag in Stuttgart hält es der «Stern» für «eine Form ausgleichender Gerechtigkeit», wenn gewalttätige «Antifa»-Demonstranten den Delegierten den Zugang verwehrten, die sich dann durch Büsche und über Böschungen ihren Weg suchen mussten. Im Kommentar empörten sich die «Stuttgarter Nachrichten» nicht über solche Blockaden und die angesichts zahlreicher Angriffe auf Büros und Fahrzeuge von AfD-Mitgliedern riskante Veröffentlichung der Namen und Adressen der Parteitagsteilnehmer, sondern erklärten die Opfer zu Tätern: Da der 1. Mai traditionell der Tag sei, der den Gewerkschaften gehöre, sei es eine gezielte Provokation, wenn eine Rechtspartei gerade dann ihren Parteitag abhalte. Mithin sei auch die AfD **für die verletzten Polizisten verantwortlich**.

In der «Zeit» findet sich die Forderung nach **«Notstandsgesetzen gegen den Mob»**, worunter man dort die Teilnehmer an rechtlich zulässigem öffentlichem Protest gegen eine Unterkunft für Einwanderer versteht. Es ist dieselbe Autorin, die vor ein paar Jahren in der «Berliner Zeitung / Frankfurter Rundschau» Thilo Sarrazin eine «lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur» genannt hat und die jetzt unter dem «Zeit»-Signet verlangt, Kundgebungen zu verbieten, Telefone zu überwachen und aufzuhören zu «labern, schreiben und argumentieren».

«Hetzer», «Mob», «Pack», aber auch «Idioten» und «Dumpfbacken» sind Begriffe, die nicht mehr nur polternden Politikern vorbehalten sind, sondern wieder und wieder in Medientexten bemüht werden. In der Redaktion des von Jakob Augstein herausgegebenen linken Wochenblatts «Freitag» begnügt man sich nach eigener Angabe mit dem Schimpf «[dieses Drecksblatt](#)», um das liberalkonservative Monatsmagazin «Cicero» zu kennzeichnen.

Der «Kölner Stadt-Anzeiger» gibt ohne Widerrede Raum für einen Rundumschlag, der gleich drei renommierten deutschen Autoren die Verbreitung von Islamophobie unterstellt, was nichts anderes als «[der salonfähige Antisemitismus](#)» von heute sei. Womit wieder einmal der irgendwann immer fällige Nazi-Vorwurf in Stellung gebracht ist. Der «Spiegel» macht Ähnliches bei der Gestaltung seiner Titelbilder und rückt [die AfD-Vorsitzende Frauke Petry](#) in die Pose, in der er sonst Hitler anbietet.

Was an diesen Beispielen auffällt, ist der Verzicht auf recherchégestützte Information und ruhige Argumentation. Differenzierungen gelten schon als Appeasement. «Haltung» ist gefordert, nicht kritische Selbstkontrolle eigener Wahrnehmungen und Urteile. Anstatt zwischen konservativ, rechts, rechtspopulistisch und rechtsextrem zu unterscheiden, wird der gesamte Kommunikationsraum, der sich in Opposition zum linksliberal-grünen Justemilieu zu etablieren beginnt, zu einer Zone des Bösen erklärt, die unter Quarantäne zu stellen ist. Offenbar gibt es Ansteckungsgefahren: Wer sich als rechts und konservativ positioniert, gerät in dieser Sichtweise in Verdacht, bald Schlimmeres aufzunehmen und zu verbreiten. Die jahrelang beliebte Phrase vom «(Rechts-)Extremismus, der aus der Mitte der Gesellschaft» komme, hat solchen Kurzschlüssen Vorschub geleistet.

Falsche Etiketten

Wenn man sich hier und da doch auf näheren Kontakt zu den «Nazis in Nadelstreifen» (über die AfD) oder zum «grölenden Mob» (über Demonstranten vor Asylbewerber-Unterkünften) einlässt, so erscheinen die journalistisch Porträtierten im besten Fall als von Angst und Sorge getriebene [Modernisierungsverlierer](#) und als Angehörige eines «[Verbitterungsmilieus](#)». Dass das kaum mit [Befunden zur Zusammensetzung des Protests gegen die Merkelsche Politik](#) zusammenpasst, stört nicht. Rechte Bürger, so suggeriert das Medienbild, sind irgendetwas zwischen Aliens, die schon in [Haarschnitt, Mimik und Kleidung als Fremde](#) erscheinen, und Gestörten, denen man sich im Grunde nur mit dem analytischen Besteck des Psychiaters nähern kann.

Der Besuch eines «FAZ»-Reporterteams [beim Verlegerehepaar Götz Kubitschek und Ellen Kositzka](#), die eine intellektuelle Fundierung rechtsgerichteter Positionen versuchen, geriet zu einer vom entschiedenen Willen zur Denunziation getriebenen negativen Homestory. Willkürlich ausgewählte Bücher im Besitz der Verdächtigen gelten als Ausweis rechtsreaktionärer Gesinnung. Und ganz übel ist, dass man im Hause Kubitschek/Kositzka traditionelle Formen des Familienlebens pflegt.

Die dabei benutzten Begriffe sind von analytischer Unschärfe. Vor allem der gern benutzte Rassismusvorwurf ist heute aufs Niveau einer grobschlächtigen Kampfvokabel heruntergekommen. So erklärte jüngst in der «TAZ» eine Autorin: «Rassistische Bürger meinen, sie hätten aufgrund des Zufalls, der ihnen per Geburtsort einen privilegierten Pass beschert hat, mehr Rechte auf ein Leben in

Frieden als andere.» Hier und auch im «Kursbuch 183» (Thema: Wohin flüchten?) tönt eine Utopie an, die grenzenlose Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle und jeden als neuen menschenrechtlichen Standard fordert. Darüber kann man politisch streiten. Man kann aber kaum den Widerstand gegen solche Extrempositionen als rassistisch kriminalisieren.

Es gehört zur Paradoxie des umstandslos dominant gesetzten Universalismus, dass in der Willkommenskultur auch der soziokulturell Fremdeste auf nahezu grenzenloses Verständnis vertrauen kann, während die Landsleute, die sich jenem Kult widersetzen und tradierte Lebensformen pflegen möchten, als **kaum noch integrationsfähige Zeitgenossen** erscheinen.

Kommunikation über diesen Abgrund hinweg scheint kaum möglich zu sein. Wie soll man mit jemandem reden, der sich **in der «Zeit» wünscht**, dass «mehr Stimmen lauter rufen: Wir wollen euch nicht! Eure <Sorgen> kotzen uns an!»? Der Konflikt wird nicht als Konflikt differierender politischer Konzepte begriffen und bearbeitet, über deren Begründung man streiten, deren Tatsachenbehauptungen man prüfen und deren normative Grundannahmen man kritisch erörtern könnte. Hier steht das Gute gegen das Böse, das Rückwärtsgewandte gegen das allein Zukunftsfähige. Begriffe fungieren dabei als Reizauslöser. Wenn sie als rechts verortet werden, wird das Feld der politischen Auseinandersetzung sofort blockiert und das moralische Tribunal aufgerufen, das oft nur **Schaubühne für denunziatorische Unterstellungen** ist.

Autoritärer Gestus

Ausschlussphantasien kursieren. So erwog ein «Zeit»-Autor nur halbironisch, ob man nicht Sachsen wegen Pegida und Ähnlichem **aus der Republik austossen** sollte. Satire vom Format der «Tötet Köppel!»-Aktion findet sich ebenfalls. Die «TAZ» hoffte auf Erlösung vom deutschen Elend durch **baldigen «Volkstod»**. Es herrscht die Stimmung eines Kulturkriegs, der wenig Raum für vernünftige politische Debatte kennt. Entsprechend autoritär ist der Gestus, mit dem Widerspruch niedergemacht wird. Die Folgen einer solchen Zurichtung des öffentlichen Gesprächs sind unerfreulich. Längst **vergiftet diese Konfliktlage auch private Beziehungen**.

Staatsrechtlern bereitet Sorge, dass durch diese Form politischer und medialer Kommunikation fundamentale Grundlagen des Rechtsstaats und der Verfassung erschüttert werden können. So schreibt der Kölner Staatsphilosoph Otto Depenheuer im jüngst erschienenen Sammelband «Der Staat in der Flüchtlingskrise»: «So sind die gegenwärtigen Zeiten in Deutschland geprägt von einer politischen Schönrednerei und Hypermoral, die der sachbezogenen und offenen politischen Diskussion staatsrechtlicher Grundfragen nur noch enge, moralisch überwachte Korridore zulässiger Argumentation bereitstellen. Damit werden politische Probleme buchstäblich unsagbar.»

Das linke Londoner Wochenblatt «New Statesman» sieht in der deutschen Lust, abweichende Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs auszuschliessen, ohne sich argumentativ mit ihnen auseinanderzusetzen, das Merkmal eines sehr **«eingeschränkten und elitären» politischen Systems**, in dem das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten gestört sei.

Anzeichen der Besinnung

Allerdings gibt es Anzeichen der Besinnung. So plädierte in der «TAZ» [der Publizist Georg Seesslen](#) dafür, im Kampf gegen das «Monster» von rechts die Techniken der eigenen Feindbildkonstruktion selbstreflexiv zu befragen: «Sind auch wir, so wie Pegida sich ihren Feind schafft, an der Erzeugung des Monsters beteiligt?» In der «FAZ» forderte eine leitende Wirtschaftsredaktorin, endlich mit der AfD [über ihre Vorschläge zur Problemlösung sachlich zu reden](#). Ähnlich tönte jüngst die «Welt»: «[Nehmt die AfD ernst, und beleidigt nicht den Wähler!](#)»

Der Medienkritiker Stefan Niggemeier formulierte [in seinem Internetdienst «Über Medien»](#) fundamentalen Zweifel an der weitherum akzeptierten Voraussetzung des bisherigen publizistischen Umgangs mit der Herausforderung von rechts: «Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe von Journalisten ist, die AfD zu bekämpfen. Und wenn sie es wäre – wirken die angewandten Methoden bisher doch eher kontraproduktiv.» Sollten solche Einsichten auch auf die alltägliche Berichterstattung durchschlagen, wäre das journalistische Wuttheater in Deutschland rasch beendet.